

Wirtschaft

Wem die Zeche übrig bleibt

Die weltweiten Stimuluspakete belasten die Staatshaushalte. Der Versuch, kriselnde Volkswirtschaften über Ausgaben zu stabilisieren, wirft die Frage nach intergenerativer Gerechtigkeit auf. Diese umfasst allerdings mehr, als den Enkeln eine ausgeglichene Staatskassa zu übergeben.

Alexandra Riegler

Die Wirtschaftshilfspakete der letzten Zeit waren John Maynard Keynes Idee. Nach dem Plan des britischen Ökonomen wird der Wirtschaft gewissermaßen vorgelebt, was sie tun soll: nämlich Geld ausgeben. Dass Geld vorhanden ist, belegen Wirtschaftsexperten in ihren Berechnungen und Banken in ihren Quartalsberichten. Dennoch sparen die Leute lieber, als auf den Putz zu hauen. Angesichts bedrohlicher Arbeitslosenraten und bröckelnder Industriezweige scheint dies nicht weiter überraschend.

Zwischenhoch

Die Probleme beginnen zumeist

damit, dass Regierungen Geld ausgeben wollen, das sie nicht haben. Die Lösung basiert also auf Pump, etwa über verzinsliche Schatzanweisungen, wie im Falle der Vereinigten Staaten. Dafür geht es nach dem Stimuluspaket mit der Wirtschaft aber wieder bergan. Ein ganzes Jahr schien die Volkswirtschaft zu gesunden und lieferte Wachstumsraten von fünf Prozent ab.

Doch das scheint vorbei zu sein. Im zweiten Quartal sank das Wachstum auf 2,4 Prozent ab. Die Auswirkungen des 787 Mrd. Dollar schweren Stimuluspakets scheinen zu schwinden, die Jobsituation bleibt trist. In Georgia stellen sich 40.000 (!) Leute für einen Mietenzuschuss an. Was bleibt, sind sechs Prozent des Budgets, das die USA für Zinseszahlungen zur Seite legen, und die Befürchtung, dass nachfolgenden Generationen eine satte Zeche bleibt. Und was jetzt,

ein neues Wirtschaftshilfspaket etwa? Wer soll das bezahlen? Und was ist überhaupt mit intergenerativer Gerechtigkeit?

Jon Levy ist Direktor für Eurothemen beim politischen Risikoberater Eurasia Group in New York. „Schulden werden nun einmal in der Zukunft zurückbezahlt“, sagt Levy. Dennoch stelle sich die Frage, ob es nicht eine Art optimalen Schuldenstand für Staaten gäbe. Wie viele Schulden für ein Land verdaulich sind, wurde in Europa im Maastricht-Vertrag festgelegt: 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) heißt es darin. Könnten Staaten dieses Level halten, ließe sich die Last immer wieder veränderlicher Besteuerung über die Jah-

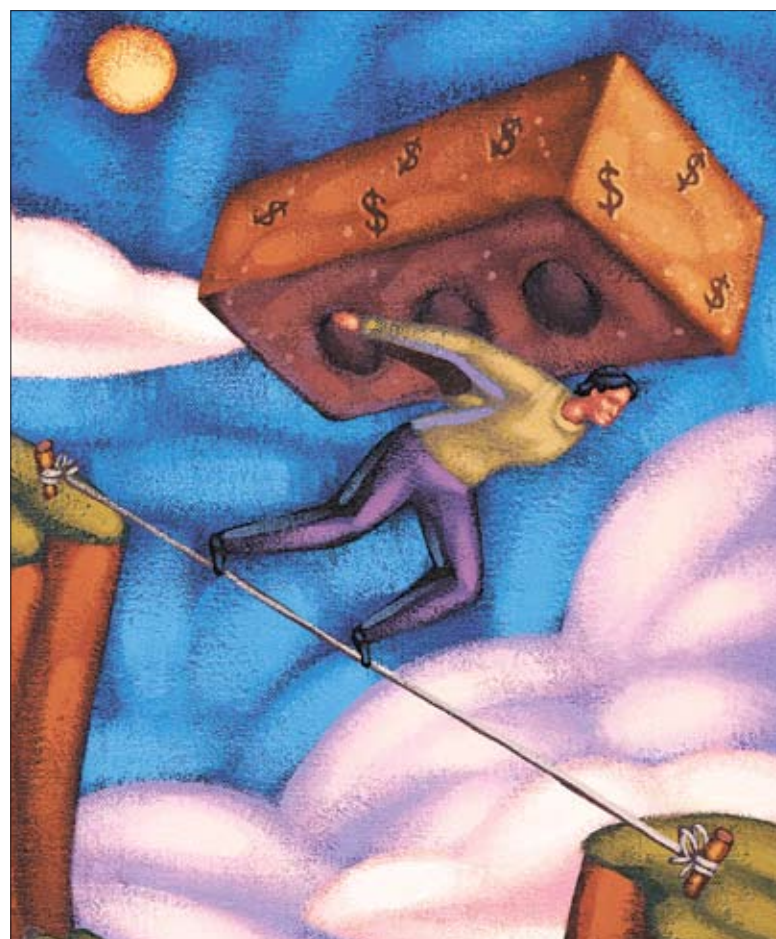
re hinweg etwas abfedern, so Levy. Derzeit unterschreiten nur sechs Mitglieder der europäischen Währungsunion diesen Richtwert. „In den letzten Jahren standen Defizite klar im Mittelpunkt und nicht Schulden per se“, erklärt der Wirtschaftsforscher. Grund zur Sorge besteht, wenn der Schuldenstand sprunghaft ansteigt, weil das BIP einbricht – wie in Spanien. Das weise, so Levy, auf einen „katastrophalen Zustand der Wirtschaft“ hin.

The Next Big Thing

Um langfristigen Schuldenabbau und damit auch intergenerative Gerechtigkeit in Angriff zu nehmen, würden mutige Politiker gebraucht, so Barbara Kolm, Generalsekretärin des Friedrich August von Hayek Instituts in Wien, und sie fügt hinzu: „Leider“. Eine von vielen Möglichkeiten wäre es laut Kolm, geordnete Insolvenzverfahren für Gebietskör-

„In den letzten Jahren standen Defizite klar im Mittelpunkt, und nicht Schulden per se.“

JON LEVY,
ÖKONOM



Schulden sind nicht gleich Schulden: Wenn die Wirtschaft gut läuft, wird höhere Staatsverschuldung durchaus geduldet. Foto: Photos.com

perschaften, Länder und Staaten zuzulassen und diesen die Möglichkeit zu geben, sich neu zu strukturieren. „New York hat es geschafft, auch Marseille, warum also nicht auch eine Nation?“, schlägt sie vor.

Für Levy hängt der Generationenvertrag insbesondere mit der Sicherung des Lebensstandards zusammen. Vieles, was heute selbstverständlich scheint, könnte nicht über Jahrzehnte hinweg garantiert werden. Auch Kolm ist überzeugt, dass der Staat künftig nicht mehr für alle Belange der Bürger zustän-

dig sein kann: „Wir werden uns mit Sicherheit vom Wohlfahrtsstaat verabschieden müssen.“ Entscheidend sei es laut Levy daher, die Treiber künftigen Wachstums auszumachen. Alle Regierungen würden von Innovation und Trendthemen wie grüner Energie reden. „Das sind alles Dinge, die nach einer guten Idee klingen. Doch woher die wirtschaftliche Aktivität in Zukunft tatsächlich kommen wird, und wie viel Wohlstand dabei herauschaut, darauf gibt es keine echten Antworten.“